

Telefon: 233-27514  
Telefax: 233-21136

**Referat für Arbeit  
und Wirtschaft**  
Beteiligungsmanagement  
Stadtwerke und MVV

**Antrag zur dringlichen Behandlung in der Vollversammlung am 09.06.2021**  
**Linksextremistischer Brandanschlag und die Folgen**  
**StR-Antrag Nr. 20-26 / A 01498 der FDP BAYERNPARTEI Stadtratsfraktion**  
**vom 26.05.2021**

**Antrag zur dringlichen Behandlung in der Vollversammlung am 09.06.2021**  
**Bericht zu den mutmaßlich linksextremistischen Brandschlägen auf die**  
**Münchener Infrastruktur – Zukünftige Maßnahmen zur Sicherheit**  
**StR-Antrag Nr. 20-26 / A 01499 von Herrn StR Manuel Pretzl, Frau StRin**  
**Dr. Evelyne Menges, Herrn StR Prof. Dr. Hans Theiss vom 26.05.2021**

**Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 03547**

**Beschluss der Vollversammlung des Stadtrates am 09.06.2021**  
Öffentliche Sitzung

**Kurzübersicht**  
zur beiliegenden Beschlussvorlage

<b>Anlass</b>	Antrag Nr. 20-26 / A 01498 der FDP BAYERNPARTEI Stadtratsfraktion vom 26.05.2021  Antrag Nr. 20-26 / A 01499 von Herrn StR Manuel Pretzl, Frau StRin Dr. Evelyne Menges, Herrn StR Prof. Dr. Hans Theiss vom 26.05.2021
<b>Inhalt</b>	In der Vorlage wird zu den Vorfällen des Brandanschlags auf die Münchner Strominfrastruktur am 21.05.2021 berichtet. Es werden die Maßnahmen zur Sicherung von Baustellen mit kritischer Infrastruktur dargestellt.
<b>Gesamtkosten/ Gesamterlöse</b>	(-/-)
<b>Entscheidungsvorschlag</b>	Der Bericht zu den Sicherungsmaßnahmen von Baustellen mit kritischer Infrastruktur wird zur Kenntnis genommen.  Geschäftsordnungsgemäße Behandlung der StR-Anträge Nr. 20-26 / A 01498 und Nr. 20-26 / A 01499
<b>Gesucht werden kann im RIS auch nach</b>	Infrastruktureinrichtungen, Kabelbrand, Stromleitung, Stromausfall,
<b>Ortsangabe</b>	Grafinger Straße

**Antrag zur dringlichen Behandlung in der Vollversammlung am 09.06.2021**  
**Linksextremistischer Brandanschlag und die Folgen**  
**StR-Antrag Nr. 20-26 / A 01498 der FDP BAYERNPARTEI Stadtratsfraktion**  
**vom 26.05.2021**

**Antrag zur dringlichen Behandlung in der Vollversammlung am 09.06.2021**  
**Bericht zu den mutmaßlich linksextremistischen Brandschlägen auf die**  
**Münchner Infrastruktur – Zukünftige Maßnahmen zur Sicherheit**  
**StR-Antrag Nr. 20-26 / A 01499 von Herrn StR Manuel Pretzl, Frau StRin**  
**Dr. Evelyne Menges, Herrn StR Prof. Dr. Hans Theiss vom 26.05.2021**

**Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 03547**

2 Anlagen

**Beschluss der Vollversammlung des Stadtrates am 09.06.2021**  
Öffentliche Sitzung

#### **I. Vortrag des Referenten**

Die FDP Bayernpartei Stadtratsfraktion hat am 26.05.2021 den Antrag Nr. 20-26 / A 01498 gestellt (Anlage 1), dem Stadtrat darzustellen

- welche Vorschriften es zur Sicherung von Baustellen mit kritischer Infrastruktur gibt,
- ob diese Sicherungsmaßnahmen für ausreichend gehalten werden bzw. ob Maßnahmen getroffen werden können, um wichtige Infrastruktur besser abzusichern bzw. um künftig Anschläge zu vermeiden,
- warum die Anwohner erst 15 Stunden nach Stromausfall über Lautsprecherwagen informiert wurden und
- was die SWM zu tun gedenken, um bei künftigen Vorkommnissen die Stromversorgung schneller herzustellen.

Herrn Stadtrat Pretzl, Frau Stadträtin Dr. Menges und Herr Stadtrat Prof. Dr. Theiss haben am 26.05.2021 den Antrag Nr. 20-26 / A 01499 gestellt (Anlage 2),

- der Vollversammlung zu den Vorfällen des Brandanschlags auf die Münchner Strominfrastruktur in einer Baugrube an der Grafinger Straße zu berichten und
- Maßnahmen vorzustellen, um solche Vorfälle zu vermeiden.

Das RAW hat die SWM, das KVR sowie das Polizeipräsidium München um Stellungnahme zu den Stadtratsanträgen gebeten.

**1. Zu den Stadtratsanträgen nehmen die SWM wie folgt Stellung:**

Ein, nach derzeitigem Ermittlungsstand vermutlich gezielter, Brandanschlag auf Stromkabel der SWM Infrastruktur vom Freitag den 21.05.2021 führte zu massiven Beschädigungen zahlreicher Versorgungsleitungen im Umfeld des Umspannwerks Grafinger Straße. Mit Blick auf die große Anzahl zerstörter Mittelspannungskabel sowie in Folge einer Vielzahl ausgefallener Netztrafostationen konnte durch den engagierten Einsatz der Mitarbeiter\*innen des SWM Sicherheitsservice und der SWM Netzführung in verhältnismäßig kurzer Zeit eine sukzessive Wiederversorgung der betroffenen Kund\*innen erreicht werden.

Die SWM Infrastruktur sichert grundsätzlich alle Arbeiten und Baumaßnahmen an Leitungen und Netzanlagen entsprechend den gültigen Regelwerken, insbesondere nach den Vorschriften der DGUV (Deutsche gesetzliche Unfallversicherung), DVGW (Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches) bzw. RSA (Richtlinien für die Sicherung von Arbeitsstellen) ab. Entsprechend den gültigen Regelwerken werden im Falle konkreter Gefährdungslagen gesonderte Schutzmaßnahmen getroffen.

Die SWM haben bereits 2007 mit Unterstützung durch den TÜV-SÜD und auf Basis der "KRITIS-Strategie (KRITIS = Kritische Infrastruktur) der Bundesregierung damit begonnen, ein Managementsystem für ihre kritischen Versorgungsinfrastrukturen aufzubauen. Das System mit eindeutig festgelegten Verantwortungen und Prozessen wurde seit 2007 kontinuierlich weiterentwickelt und entspricht heute vollumfänglich den gesetzlichen Anforderungen des BSI-Gesetzes. (Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik). Inhaltlich werden die Aufgabengebiete Basisschutz (Schutz der Primärtechnik / physische Anlagen des Netzes) und ISMS (Schutz von Daten und Informationen im Rahmen des Informations-Sicherheits-Management-Systems) unterschieden. Die Teilaufgaben Basisschutz und ISMS werden durch den KRITIS-Beauftragten des Technischen Geschäftsführers in Zusammenarbeit mit den betroffenen Verantwortlichen gesteuert, koordiniert und kontinuierlich weiterentwickelt. Im Bereich der Prävention werden Risikoanalysen für alle Anlagen und Systeme der kritischen Infrastruktur mindestens jährlich durchgeführt. Dabei werden alle bekannten system- und naturbedingten bzw. anthropogenen (durch den Menschen beeinflusste) Gefährdungen berücksichtigt, denen ein Versorgungssystem ausgesetzt sein kann. Die als anthropogen eingestufteten Gefährdungen im Bereich Cyber-Angriffe finden hierbei besondere Berücksichtigung. Der Krisen- und Katastrophenplan der SWM Infrastruktur ist, neben festgelegten Prozeduren zur Krisen-Beherrschung und -Bewältigung, auf die enge Zusammenarbeit mit der Verwaltung und den technischen Behörden der Landeshauptstadt München ausgerichtet. Dies betrifft die Information des Oberbürgermeisters bzw. der Verwaltung der Landeshauptstadt München in Krisenlagen und die Zusammenarbeit mit dem "SAE" (Stab für außergewöhnliche Ereignisse der Lan-

deshauptstadt München unter Leitung des Oberbürgermeisters) bzw. dem "GAL" (Gefahrenabwehr Leitung unter Führung der Feuerwehr München) bei Katastrophenlagen. Fachlich-inhaltlich ist die Krisenorganisation angelehnt an FwDV100 (Feuerwehrodienstvorschrift "Führung und Leitung im Einsatz") aufgebaut. Dies ermöglicht klare Abstimmung und Strukturen zwischen den technischen Behörden der Landeshauptstadt München und der SWM Krisenorganisation in Krisenlagen.

Die vorstehend beschriebenen Verfahrensweisen und prozessualen Strukturen befähigen die SWM Infrastruktur auch zukünftig eine hohe Versorgungszuverlässigkeit für die Münchner Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen zu gewährleisten.

## **2. Das KVR gibt zu den Stadtratsanträgen folgende Stellungnahme ab:**

Im Rahmen des Projektes „SibeMunic“ soll ein Strategieplan „Kommunale Sicherheit und Prävention“ als künftiges Instrument eines kommunalen Risikomanagements erarbeitet werden.

Angedacht ist hierbei ein integraler Ansatz. Dies bedeutet, dass im Sinne einer proaktiven gesamtstädtischen Sicherheits- und Präventionsplanung sowohl Gefährdungen im Zusammenhang mit Kriminalität und Gewalt, aber auch andere, wie Geogefahren, technische Gefahren, Krankheiten und Seuchen betrachtet werden sollen.

Im Kreisverwaltungsausschuss vom 23.03.2021 wurde hierbei durch den Stadtrat per Änderungsantrag der Fokus dennoch vorerst auf die Themen Kriminalität, Gewalt, Terror, Krankheiten und Seuchen gesetzt. Für diese Bereiche soll eine vollumfängliche Erhebung, Risikobewertung und ggf. Maßnahmenplanung im Sinne des erstellten Feinkonzeptes (im RIS unter Vorlagennummer 20 – 26 / V 01818 abrufbar) erfolgen; für alle weiteren Themen, die im Umsetzungsprozess als relevant eingestuft werden, zumindest eine Vorhabensplanung.

Für technische Gefährdungen wäre somit auf den ersten Blick derzeit keine vollumfängliche Erarbeitung gewünscht. Allerdings handelt es sich im vorliegenden Fall mutmaßlich um eine Straftat, die dann unter das Fokusthema Kriminalität zu subsumieren und somit einer Prüfung im Rahmen des Strategieplans zu unterziehen und referatsübergreifend zu betrachten wäre.

Hinsichtlich des zeitlichen Aspektes muss aber darauf hingewiesen werden, dass sich die Umsetzung des Projektes im Anfangsstadium befindet und Themenerhebung, Bewertung und Arbeitsgruppenbildung noch mehrere Monate in Anspruch nehmen wird.

Zudem zielt der Strategieplan auf eine langfristige zukunftsorientierte Planung ab und ist letztlich nicht für ad hoc-Maßnahmen gedacht.

3. **Das Polizeipräsidium München teilte zum aktuellen Stand der Ermittlungen mit:**  
Nach derzeitigem Ermittlungsstand wird von einer vorsätzlich begangenen Brandstiftung am Freitag, 21.05.2021, gegen 03:50 Uhr ausgegangen, da am Tatort Hinweise auf die Benutzung eines Brandbeschleunigers festgestellt werden konnten. Des Weiteren spricht nach dem gegenwärtigen Stand der Ermittlungen viel dafür, dass die Täter aus dem linksextremistischen Spektrum kommen könnten.

Ein hinreichend konkreter Tatverdacht besteht bislang nicht, es wird derzeit verschiedenen Ermittlungsansätzen nachgegangen.

Das Kriminalfachdezernat 4 hat hierzu eine Ermittlungsgruppe eingerichtet.

Die Begründung der Annahme, weshalb es sich um eine politisch motivierte Tat handeln könnte, liegt u.a. in dem am 23.04.2021 in der anarchistischen Publikation „Zündlumpen“ erschienenen Artikel mit der Bezeichnung „Rauchzeichen des Frühlings“. Dieser ruft zur Solidarität mit einem derzeit in Nancy/Frankreich inhaftierten Anarchisten auf.

Es wird verstärkt in alle Richtungen ermittelt, wenngleich im Rahmen der Ermittlungen ein Bekennerschreiben auf der linksextremistischen Online-Plattform „Indymedia.org“ festgestellt wurde. Darin wird als Tatmotivation ein Angriff auf den Rüstungskonzern „Rhode & Schwarz“ [sic] sowie die Reaktion auf den Stadtratsbeschluss im Zusammenhang mit dem Kiesabbauvorhaben im „Forst Kasten“ genannt. Die Brandlegung sei darüber hinaus - laut dem Bekennerschreiben - ein Angriff auf die politisch Verantwortlichen in München und Bayern gewesen, „welche den Gongschlag nicht hören wollten“. Eine Bewertung des Bekennerschreibens wird derzeit durchgeführt.

Die Kontaktaufnahme mit der ermittlungsführenden Generalstaatsanwaltschaft München erfolgte seitens der Ermittlungsgruppe des Kriminalfachdezernats 4. Es erfolgte die Vorlage eines Einleitungsvermerks zur Prüfung nach § 129 a / II StGB „Bildung terroristischer Vereinigungen“. In Absprache mit dem Bayer. Landeskriminalamt verbleibt das Verfahren beim Polizeipräsidium München. Durch die eingerichtete Ermittlungsgruppe wurde bislang eine Vielzahl an Maßnahmen getroffen. Die Nennung eines konkreten Maßnahmenkatalogs ist aus ermittlungstaktischen Gründen derzeit nicht möglich.

Die umfangreichen Ermittlungen aufgrund der vorsätzlichen Brandstiftung dauern weiterhin an.

Anhörungsrechte eines Bezirksausschusses sind nicht gegeben.

Die Sitzungsvorlage konnte aufgrund der kurzfristigen Zuleitung des Stadtratsantrags Nr. 20-26 / A 01498 vom 26.05.2021 sowie des Stadtratsantrags Nr. 20-26 / A 01499 vom 26.05.2021 nicht fristgerecht zugestellt werden. Eine Behandlung in der heutigen Sitzung ist jedoch erforderlich, um den Behandlungswunsch der Antragsteller\*innen zu entsprechen.

Der Korreferent des Referates für Arbeit und Wirtschaft, Herr Stadtrat Manuel Pretzl, und der Verwaltungsbeirat für das Beteiligungsmanagement, Herr Stadtrat Sebastian Weisenburger, haben jeweils einen Abdruck der Sitzungsvorlage erhalten.

## **II. Antrag des Referenten**

1. Die Ausführungen im Vortrag des Referenten werden zur Kenntnis genommen.
2. Der Antrag zur dringlichen Behandlung in der Vollversammlung am 09.06.2021 Linksextremistischer Brandanschlag und die Folgen  
StR-Antrag Nr. 20-26 / A 01498 der FDP BAYERNPARTEI Stadtratsfraktion vom 26.05.2021 ist damit geschäftsordnungsgemäß erledigt.
3. Der Antrag zur dringlichen Behandlung in der Vollversammlung am 09.06.2021 Bericht zu den mutmaßlich linksextremistischen Brandschlägen auf die Münchner Infrastruktur – Zukünftige Maßnahmen zur Sicherheit  
StR-Antrag Nr. 20-26 / A 01499 von Herrn StR Manuel Pretzl, Frau StRin Dr. Evelyne Menges, Herrn StR Prof. Dr. Hans Theiss vom 26.05.2021 ist damit geschäftsordnungsgemäß erledigt.
4. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

**III. Beschluss**  
nach Antrag.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der/Die Vorsitzende

Der Referent

Ober-/Bürgermeister/-in  
ea. Stadtrat/-rätin

Clemens Baumgärtner  
Berufsm. StR

**IV. Abdruck von I. mit III.**  
über Stadtratsprotokolle (D-II/IV-SP)  
an das Direktorium – Dokumentationsstelle (2x)  
an die Stadtkämmerei  
an das Revisionsamt  
z.K.

**V. Wv. RAW - FB 5** (Netzlaufwerke/raw-ablage/FB5/SWM/3 Gremien/1 Stadt/1 Stadtrat/1 Beschluesse/Brandanschlag  
im Mai 2021/Beschluss VV am 09.06.2021\_Neufassung.odt)  
zur weiteren Veranlassung.

Zu V.

1. Die Übereinstimmung des vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.
2. An das KVR  
An die SWM - G-Z-BG  
z.K.

Am  
I.A.



Anlage 1

FDP BAYERNPARTEI Stadtratsfraktion | Rathaus | 80331 München

Herrn  
Oberbürgermeister  
Dieter Reiter  
Rathaus

Freie  
Demokraten  
Stadtrat  
München FDP



FDP BAYERNPARTEI Stadtratsfraktion

26.05.2021

## Antrag zur dringlichen Behandlung in der Vollversammlung am 09.06.2021 Linksextremistischer Brandanschlag und die Folgen

Dem Stadtrat wird dargestellt:

1. Laut Medienberichten war die Baugrube in der Grafinger Straße, in der ein absichtlich gelegter Kabelbrand in Teilen der Stadt zu Stromausfall bis zu 32 Stunden führte, nur mit einem Bauzaun gesichert bzw. abgesperrt. Trifft diese Aussage zu? Welche Vorschriften gibt es zur Sicherung von Baustellen mit kritischer Infrastruktur wie wichtigen Stromleitungen?
2. Angesichts mehrfacher Anschläge auf Infrastruktureinrichtungen (Februar 2020 Funkmast im Perlacher Forst, Mai 2020 Sendemast des Bayerischen Rundfunks in Freimann) und öffentlich angedrohter Wiederholungstaten: Halten die Stadtspitze sowie die Stadtwerke die Sicherungsmaßnahmen noch für ausreichend? Welche Maßnahmen können getroffen werden, um die wichtige Infrastruktur besser abzusichern und solche Anschläge künftig zu vermeiden?
3. Unseren Informationen zufolge fuhr erst am Freitag Abend gegen 20.30 Uhr ein Lautsprecherwagen durch die betroffenen Gebiete, der die Anwohner darüber informierte, dass es vermutlich erst in den frühen Morgenstunden wieder Strom gäbe. Warum wurden die Anwohner erst nach 15 Stunden Stromausfall auf diesem Weg informiert? Durch Strom- und Handynetzausfall konnten die Anwohner kaum selbst an Informationen gelangen.
4. Auf eine Anfrage der BAYERNPARTEI Stadtratsfraktion vom 10.04.2017 „Blackout – Wie gut ist die Stadt auf einen großen Stromausfall vorbereitet?“ erhielten wir von den SWM folgende Antwort:

*„Um den gestiegenen Anforderungen der Netzsteuerung gerecht zu werden, haben die Stadtwerke München bereits vor einigen Jahren ihre Leitwarte modernisiert und für die Erfordernisse der Energiewende ausgerüstet. In diesem Zuge wurde die Leitwarte auch mit einem umfassenden Sicherheitskonzept ausgestattet. Dieses umfasste nicht nur die Zutrittsberechtigung für Personen, sondern auch die Absicherung gegenüber Hacker-Angriffen und Terroranschlägen.“*

Offenbar hat dies im aktuellen Fall eines politisch motivierten Brandanschlags nicht besonders gut funktioniert, so dass Teile der Stadt über 32 Stunden vom Netz abgeschnitten waren. Was gedenken die Stadtwerke zu tun, damit dies bei eventuellen künftigen Vorkommnissen schneller geht?



### **Begründung der Dringlichkeit:**

Stromversorgung ist in unserer heutigen Lebenswelt absolut essenziell. Für Krankenhäuser, Rettungsleitstellen, Kraftwerke etc. stellt ein Stromausfall akute Gefahr dar, aber auch alle Bürger der Stadt sind auf Strom angewiesen, zur medizinischen und hygienischen Versorgung, zum Arbeiten, zur Informationsbeschaffung, zur Versorgung mit Lebensmitteln und in allen denkbaren Bereichen. Durch den Stromausfall vom 21.05. mussten Ärzte und Apotheken wegen ausgefallener Kühlung Corona-Impfstoff entsorgen, Supermärkte ungekühlte Lebensmittel wegwerfen, es entstanden hohe Schäden.

Mehrere Brandanschläge in der jüngsten Vergangenheit sowie im Raum stehende Drohungen von weiteren Straftaten haben gezeigt, wie anfällig unser Versorgungssystem ist und wie langwierig es ist, dieses wieder in Gang zu bringen. Es ist daher dringend geboten, für mehr Sicherheit zu sorgen.

Stadträte: **Prof. Dr. Jörg Hoffmann** (Fraktionsvorsitzender)  
**Gabriele Neff** (stellv. Fraktionsvorsitzende)  
**Fritz Roth**  
**Richard Progl**

## ANTRAG ZUR DRINGLICHEN BEHANDLUNG

An Herrn  
Oberbürgermeister  
Dieter Reiter

Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München



26.05.2021

### Antrag zur dringlichen Behandlung in der Vollversammlung am 09.06.2021

#### Bericht zu den mutmaßlich linksextremistischen Brandschlägen auf die Münchner Infrastruktur – Zukünftige Maßnahmen zur Sicherheit

In der Vollversammlung des Münchner Stadtrates wird zu den Vorfällen des Brandanschlags auf die Münchner Strominfrastruktur in der Nacht vom 21. auf den 22.05.2021 in einer Baugrube an der Grafinger Straße im Münchner Osten berichtet.

Hierbei sind auch die relevanten Sicherheitsbehörden und auch die Stadtwerke München mit einzuladen, da dieser Anschlag mutmaßlich linksextremistisch motiviert war.

Es sind Maßnahmen vorzustellen, um solche Vorfälle zu vermeiden.

#### Begründung

In einer kleinen Baugrube nahe dem Umspannwerk der Stadtwerke München an der Grafinger Straße ist ein Brandanschlag verübt worden. Dieser hatte weitreichende Folgen, denn die Stromversorgung in bis zu 20.000 Haushalten und Firmen ist dadurch ausgefallen.

Es war aber nicht der erste Anschlag auf wichtige Infrastruktureinrichtungen, die zum Nachteil der Versorgung der Münchner Bevölkerung verübt wurden:

Im vergangenen Jahr wurden drei größere Brandanschläge durch die Polizei ermittelt, im Februar ein Funkmast im Perlacher Forst, im Mai ein Sendemast des Bayerischen Rundfunks im Freimann und im Juli ein Mobilfunkmast in Neuperlach. Es gab zu dem aktuellen Brandanschlag auf das Stromnetz ein Bekenner schreiben aus der linksextremistischen Szene. In allen Fällen ermittelt der Staatsschutz der Polizei München.

**Manuel Pretzl**  
Fraktionsvorsitzender

**Dr. Evelyne Menges**  
Stadträtin

**Prof. Dr. Hans Theiss**  
Stadtrat